dern der königlichen Familie und wird morgen früh 7 Uhr nach Dresden abreisen. — Der Minister des Innern, Graf Eulenburg, ist heute früh aus Ostpreußen zurückgekehrt. — Der Vertreter der Schweiz am hiesigen Hofe, Landammann Dr. Heer, ist nach längerer Abwesenheit aus Glarus hierher zurückgekehrt. — Der Hilfsverein für Ostpreußen hat in Rücksicht auf die Thatsache, daß man an manchen Orten die Getreidepreise durch Hinweis auf vermeintliche großartige Bestellungen von Saatfrüchten seiten des Hilfsvereins für Ostpreußen noch zu steigern sucht, und in der Ueberzeugung, daß die Beschaffung des in zwei Regierungsbezirken fehlenden Saatgutes für einen Wohlthätigkeitsverein unmöglich und daß jeder Versuch der Art durch das Gesetz vom 3. d. auch überflüssig geworden ist, öffentlich bekannt gemacht, daß der Hilfsverein für Ostpreußen Ankäufe von Saatfrüchten weder angeordnet hat, noch anordnen wird.

Hannover, 11. März. Man schreibt den „Hamb. Nachr.": In Hietzing soll die Beschlagnahme keinen sonderlichen Eindruck gemacht haben. Desto größere Bestürzung herrscht, nach der „Volksztg.", über die Beschlagnahme der noch hier befindlichen Schatullkasse unter der Hofdienerschaft des Königs Georg, die aus dieser Kasse ihre Besoldung bezieht und es für zweifelhaft ansieht, ob die preußische Verwaltung diese Besoldung im vollen Betrage, wie bisher, auszahlen, oder ob die Regierung sich nur für verpflichtet halten wird, die nach § 6 des Vermögensvertrags stipulirten Pensionen und Wartegelder für die Hofdienerschaft zu zahlen. Die Beamten der mit Beschlag belegten Schatullkasse sind inzwischen bereits außer Thätigkeit gesetzt und die Verwaltung derselben ist preußischerseits dem hiesigen Rath Krieger übertragen. Auch die Privatbibliothek und das Privatgeschäftsbüreau des Königs im Palais an der Leinstraße sind geschlossen und den bisherigen Beamten soll der Zutritt zu den damit verbundenen Geschäftsräumen untersagt sein. Nach den hiesigen „Anzeigen" wäre Herr Windthorst, der Unterhändler für König Georg, gesonnen, einen Proceß gegen den Fiscus auf Contracterfüllung einzuleiten, da dem Könige eine Vertragsverletzung nicht nachgewiesen werden könne.

Kassel, 13. März. (Fr. J.) Heute Vormittag wurden der Literat A. Trabert und das Expeditionspersonal der „Hessischen Volkszeitung" verhaftet. Eine Haussuchung hat ebensowohl in der Expedition als der Druckerei dieser Zeitung stattgefunden. Gerüchtweise verlautet, es stehe dieses Einschreiten mit der Verbreitung des „aufrührerischen Flugblattes" in Verbindung.

Schwerin, 13. März. (Tel.) Die „Mecklenburger Anzeigen" melden: Die Zollorganisationscommission hat sich am 11. d. M. unter dem Vorsitze des geh. Oberfinanzraths v. d. Gröben constituirt. Die Aufgabe derselben umfaßt die gesammten Einleitungen zu dem Eintritt beider Großherzogthümer und der freien Stadt Lübeck in den Zollverein, die Entwerfung der dadurch erforderlich werdenden Gesetze und Verordnungen, die Feststellung der den eintretenden Staaten zuzubilligenden Bauschalsummen für Bewachung der Zollgrenze 2c. Die Commission wird bei der großen Ausdehnung der vorliegenden Aufgabe wahrscheinlich einer geraumen Zeit bedürfen, um ihre Arbeiten zu vollenden.

* **Hamburg,** 12. März. In der gestrigen Bürgerschaftssitzung wurde ein dringlicher Senatsantrag, betreffend die Mitgenehmigung eines Nachtrages zu den Verordnungen über das Auswanderungswesen, an einen Ausschuß von 7 Personen (darunter ein Arzt und ein Apotheker) verwiesen. Der Nachtrag bezweckt eine möglichst ungesäumte Durchführung wünschenswerther Verbesserungen in einzelnen Bestimmungen der bestehenden Verordnungen. — Das Auswandererschiff „Lord Brougham" ist vorgestern Morgen wieder in Hamburg angelangt. Die vom Senat niedergesetzte Untersuchungscommission begab sich an Bord und besichtigte Schiff und Proviant.

— (A. Z.) Wie sich heute das Verhältniß der Hamburger Anschlußpartei an den Zollverein gegenüber den Freihäflern gestaltet, mögen folgende Zahlen beweisen: Von 27,000 Wählern des ersten Hamburgschen Wahlbezirks stimmten im Februar 1867 10,799, im August 4262 und im März 1868 1412 für den Candidaten der Freihafenpartei.

— (H. N.) Der nominelle Redacteur der „Schleswig-Holst. Zeitung", Herr Dingwort, welcher seiner Zeit von 19 Mitgliedern der Ritterschaft wegen veröffentlichter Beleidigungen verklagt und zu 1900 Thlr. Geldstrafe verurtheilt und über dessen Habe und Güter nach nicht erfolgter Zahlung die Concurserklärung erkannt wurde, hat vom Kreisgericht in Altona den Bescheid erhalten, daß der über seine Güter erkannte Concurs wieder aufgehoben sei.

München, 12. März. Der „A. Z." wird geschrieben: Das Befinden Sr. Majestät des Königs hat sich insofern gebessert, daß die katarrhalischen Erscheinungen einen mildern Charakter angenommen haben. Doch ist noch vor Tagen nicht an ein Verlassen des Bettes zu denken, weshalb auch Se. Majestät mit tiefem Bedauern darauf verzichten mußte, die Besuche der zur Leichenfeier hierher gekommenen hohen Verwandten und Gäste zu empfangen. Die Staatsgeschäfte finden dessenungeachtet fortwährend ihre Erledigung. — Mit dem Befinden Ihrer Majestät der Königin-Mutter geht es so weit besser, daß die hohe Frau heute einige Stunden außer Bett zubringen durfte. — Die Reihe der Trauergottesdienste für weiland Sr. Maj. König Ludwig I. hat sich heute geschlossen. Zu der von der hiesigen Künstlerschaft heute abgehaltenen Todtenfeier für König Ludwig I. waren Künstlerdeputationen von Berlin, Dresden, Wien, Düsseldorf und Nürnberg hier eingetroffen. Die Trauerfeier gestaltete sich zu einer sehr großartigen, denn nicht nur die zahlreichen Mitglieder der Künstler- und der Sängergenossenschaft, sondern auch sehr viele andere Personen aus andern Ständen betheiligten sich an dem Fackelzuge, der hierdurch eine überaus große Ausdehnung erhielt. Eine ungeheure Menschenmenge hatte sich in den Straßen versammelt, durch welche sich der Zug bewegte, so daß dieser nicht geringe Mühe hatte, nach dem Königsplatze zu gelangen, woselbst unsre Feuerwehr, so gut es ging, die Ordnung aufrecht zu erhalten suchte. Sobald der Zug auf dem von der Glyptothek, den Propyläen und dem Kunstausstellungsgebäude begrenzten Platz angelangt war, wurde — nach einer Instrumentaleinleitung — von den sämmtlichen Gesangvereinen der Chor „Mitten in dem Leben 2c." gesungen, und hierauf vom Maler Max Stieler die Gedenkrede auf den großen Todten gehalten. Es begab sich dann eine Deputation in die Halle der Glyptothek, wo die Büste Königs Ludwigs I. bekränzt und hiermit Worte des Dankes, gesprochen vom Bildhauer Knoll, an die Deputation verbunden wurden. Während dieses Actes senkten sich die Fahnen, wurden vom Chor „integer vitae" gesungen, und erfolgte die Beleuchtung des Platzes mit seinen prachtvollen Bauten durch bengalisches Feuer; es gewährte dies einen magischen Anblick. Der Zug bewegte sich dann nach dem Karolinenplatz zurück, wo unter den Klängen des Walhallaliedes die Fackeln erloschen. Papst Pius IX. hat infolge des Ablebens Sr. Majestät des Königs Ludwig I. durch den Staatssecretär ein Beileidschreiben an Se. Majestät den König gerichtet, in welchem der Theilnahme des heiligen Stuhles für das Haus Wittelsbach Ausdruck verliehen ist.

— (A. Z.) Am 10. d. Nachmittags sind im Sitzungssaale der Kammer der Reichsräthe eine Anzahl gewählte Mitglieder des Zollparlaments zu einer Vorbesprechung über die von ihnen gemeinsam anzunehmende Haltung zusammengetreten. Zum Vorsitzenden wurde Reichsrath Frhr. v. Thüngen, zu Schriftführern Dr. K. Barth und Frhr. v. Ow (Beide auch Mitglieder der Kammer der Abgeordneten) erkoren. Es wurde eine Verständigung erzielt und das betreffende Protokoll von 14 Anwesenden (Wilh. Frhr. v. Thüngen, A. Freytag, v. Neumayr, Frhr. Fr. v. Zu-Rhein, Frhr. v. Schrenk, Meixner, Graf Arco-Valley, Graf Arco-Steppberg, Edmund Jörg, Karl Bar. v. Aretin, Karl M. v. Aretin, Dr. Albert Wild, Dr. Karl Barth, Karl Frhr. v. Ow) unterzeichnet. Es wird nun ein öffentlicher Aufruf zum Beitritt auch an die übrigen in Bayern und den andern süddeutschen Staaten Gewählten erlassen werden.

Stuttgart, 13. März. Der heutige „St.-A. f. W." enthält in seinem nichtamtlichen Theile Folgendes, bereits telegraphisch annoncirte Dementi: Wir haben vor etlichen Tagen Veranlassung gehabt, den falschen Gerüchten entgegenzutreten, welche — zunächst infolge der Ernennung eines frühern preußischen Generals zum Chef des großherzogl. badenschen Kriegsministeriums, in Betreff einer angeblich bevorstehenden ähnlichen Berufung eines preußischen Offiziers zu einem hohen militärischen Posten in Württemberg von einzelnen öffentlichen Blättern, namentlich dem „Beobachter", verbreitet worden sind. Das letztere Blatt hat sich mit dieser unsrer Erklärung nicht zufrieden gegeben, sondern hat, indem es von derselben Act nimmt, noch weiter gehende Vermuthungen und Befürchtungen ausgesprochen. Es sollen hiernach geheime Artikel zum Allianzvertrage bestehen, durch welche sich die württembergische Regierung überhaupt zur Aufnahme preußischer Generäle in ihre Armee, zu Concessionen bezüglich der Festung Ulm, vor Allem aber zur Annahme des Zündnadelgewehres verpflichtet habe. Es dürfte dem „Beobachter" schwer fallen, die Quellen für solche Nachrichten anzugeben. Zum Ueberfluß geben wir allen Denjenigen, welche nicht der Wahrheit sich verschließen wollen, die positive Versicherung, daß durchaus keine geheimen Artikel zum Allianzvertrage, überhaupt keine geheimen Abmachungen bestehen. Was insbesondere die Annahme des preußischen Zündnadelgewehres betrifft, so sind für diese Maßregel diejenigen Gründe allein maßgebend gewesen, welche der Kammer der Abgeordneten, wie es schien, zur Befriedigung der großen Mehrheit derselben, vom Ministertische dargelegt worden sind.

Karlsruhe, 13. März. Die „Karlsr. Ztg." widerspricht der von einigen Blättern verbreiteten Nachricht, die preußische Regierung sei von süddeutscher Seite veranlaßt worden, mit dem Project einer Einführung der Tabaksteuer jetzt vorzugehen. Im Gegentheil sei die betreffende Vorlage der badenschen Regierung unerwartet gekommen, und letztere werde auch kaum in der Lage sein, dem gestellten Antrage ihre Zustimmung zu ertheilen.

— Am 10. d. empfing der Großherzog den k. italienischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister, Ritter v. Artom, in feierlicher Audienz und nahm aus dessen Händen das Schreiben des Königs Victor Emanuel, welches denselben in gedachter Eigenschaft am großherzoglichen Hofe beglaubigt.

* **Darmstadt,** 13. März. (Tel.) Die „Darmstädter Zeitung" vernimmt, daß der Finanzausschuß der Zweiten Kammer die Genehmigung der mit der hessischen Ludwigsbahn und dem Hause Erlanger abgeschlossenen Eisenbahnverträge unter annehmbaren Modificationen beantragen werde.

‡ **Wien,** 12. März. In der gestrigen Sitzung der ungarischen Delegation ist bei der Verhandlung über das Militärbudget die auswärtige Politik in eingehender Weise zur Sprache gebracht worden. Die Linke richtete scharfe Angriffe gegen diese Politik, nannte sie eine Politik der Vorbehalte — gegen Preußen, für den Fall, daß sich Preußen einheitlich gestalten sollte, gegen Italien, wegen Sympathien mit dem Papstthum, endlich gegen die freiheitlichen Bestrebungen der christlichen Völker unter der Herrschaft des Sultans. Der Vertreter des Frhrn. v. Beust, Hofrath v. Falke, erwiderte hierauf im Wesentlichen Folgendes: Nirgends hat die Regierung die alte Stellung in Deutschland begehrt oder auch nur angestrebt, und die Regierung hat ihr redliches Bemühen, zwischen Oesterreich und Preußen die besten Beziehungen anzubahnen, gewiß dadurch unzweideutig dargethan, daß sie alle die jüngsten Ereignisse in Deutschland, welche gewiß zu ganz berechtigter Einsprache manchen Anlaß gegeben hätten, ohne irgend welche Einwendung an sich herantreten ließ. Wenn die an sich vollkommen freundlichen Beziehungen zu Preußen bisher keinen intimern Charakter angenommen haben, so trägt hieran wohl zunächst nur der Umstand Schuld, daß von der andern Seite „mit Ausnahme der die Friedensbemühungen direct kreuzenden Mission Tauffkirchen" bisher kein Zeichen gewünschter innigerer Annäherung wahrgenommen werden konnte. — Die orientalische Politik Oesterreichs wird dahin definirt, daß die berechtigten Wünsche und Forderungen der christlichen Bevölkerungen der Türkei von Seiten Oesterreichs gewiß die nachhaltigste Unterstützung finden müssen, daß aber die österreichische Regierung einer bewaffneten Geltendmachung dieser Forderungen, einem Ausbruche von Unruhen in den slawischen Provinzen der Türkei gegenüber nicht unthätige Zuschauerin bleiben könnte, weil der allgemeine Friede dadurch bedroht erscheine. Ich begnüge mich mit der Anführung dieses wesentlichsten Inhalts der Regierungserklärung, ohne auf die sehr interessante Debatte näher einzugehen, um bei diesem Anlaß an Dasjenige zu erinnern, was ich anfangs dieses Jahres über die auswärtige Politik Oesterreichs gesagt habe. Gestern wurde offiziell constatirt, was ich damals als meine persönliche Anschauung und Ueberzeugung ausgesprochen hatte. — Die hiesige französische Botschaft hat am Sonntag Abend von Seiten des Prinzen Napoleon die Benachrichtigung erhalten, daß derselbe nicht nach Wien kommen werde. Ob der Prinz für später hier zu erwarten sein wird, wurde nicht angegeben. Möglich, daß die bevorstehende Niederkunft der Kaiserin in Ofen, wo dann auch der Kaiser und der Hofstaat anwesend sein wird, ein Motiv für Verschiebung der Reise abgegeben hat. — Falls die Pariser Nachrichten, welche behaupten, in den dortigen Regierungskreisen sei eine abermalige Beunruhigung in Betreff des Orients eingetreten, zuverlässig sein sollten, so läßt sich nur sagen, daß hier competenten Orts von den Gründen einer solchen Beunruhigung nichts bekannt geworden ist. Hier herrscht vielmehr die umgekehrte Stimmung vor.

Wien, 12. März. Die „N. F. Pr." hört, daß die neue Finanzvorlage in unveränderter Form aufrecht erhalten werden solle. Als neue Details erfährt das Blatt Folgendes: Der die Coupensteuer normirende Gesetzentwurf enthalte bereits auch den Plan der Unification der Staatsschuld; den Inhabern von Staatspapieren, welche eine sofortige Unification acceptiren, solle eine Begünstigung in Form eines Präcipuums gewähret werden; bei der Bemessung der Capitalsteuer solle der Börsencours des Tages, an welchem das Gesetz in Kraft tritt, zu Grunde gelegt werden; eine Erhöhung der Prometsensteuer sei nicht in Aussicht genommen.

— Im Abgeordnetenhause überreichte Minister Dr. Herbst das Gesetz betreffs Aufhebung der Schuldhaft. Die Debatte über das Wuchergesetz wurde fortgesetzt und dasselbe sofort in dritter Lesung angenommen. Das Gesetz wegen Aufhebung des Staatsraths wird ohne Debatte angenommen. Klier referirte sodann über das Gesetz wegen der Eidesleistung.

Greutter spricht heftig dagegen, das Gesetz sei die Erstlingsfrucht der religiösen Freiheit. Wie sollen Materialisten schwören? Das Gesetz lasse sich vom Standpunkte der Staatsgrundgesetze nicht rechtfertigen.

Minister Herbst entgegnet, er begreife die unangenehme Ueberraschung Greutters, da Ultramontane behaupteten, die neue Aera führe zur Entsittlichung, Entchristlichung.

Greutter erwidert, die Katholiken werden die Grundgesetze halten, aber alle legalen Mittel betreten, sie abzuändern.

Groß: Ihr wählt illegale Mittel. Greutter: Dafür sind die Strafgerichte.

Präsident: Ich bitte, Sie haben das Wort nicht mehr.

Abg. Greutter: Ich brauch's nicht mehr. (Heiterkeit und Bewegung; Rufe links: Zur Ordnung! Ungezogenheit!)

Präsident: Ich kann solche Bemerkungen gegenüber dem Präsidenten nicht erlauben (Rufe links: Sehr gut! Bravo!) sie sind, um mich eines Ausdrucks zu bedienen, den glaube ich, ihre Bemerkung verdient, eine Ungezogenheit. (Bravo! links. Bewegung rechts.)

Abg. Greutter: Diesen Ausdruck nehme ich nicht an.

Präsident: Ich bitte, Sie haben nicht das Wort und werden sich daher ruhig niedersetzen. (Bravo, links; Unruhe und Bewegung rechts. Es beginnt die Berathung des Gesetzes. Die Unruhe und Bewegung im Hause dauert fort; allenthalben bilden sich lebhaft debattirende Gruppen. Abg. Greutter verläßt den Saal.) Die Generaldebatte wird geschlossen und nach kurzer Specialdebatte der Gesetzentwurf angenommen. Vor Schluß der Sitzung giebt der Präsident (Dr. Kaiserfeld) dem Hause folgende Erklärung: „Der unangenehme Vorfall mit dem Herrn Abg. Greutter hat mir die Veranlassung gegeben, nach § 49 der Geschäftsordnung gegen ihn vorzugehen. Der Vorfall war noch meiner innersten Ueberzeugung dazu geeignet, den Herrn Abgeordneten zur Ordnung zu rufen. (Rufe: Ja wohl!) Jeder Ordnungsruf des Präsidenten muß nothwendigerweise durch irgend Etwas motivirt sein, und ich habe in der Motivirung des geschäftsordnungsmäßigen Ausdrucks: „daß sein Betragen den Anstand verletzt," einen andern, vielleicht etwas heftigern Ausdruck gebraucht. Ich nehme diesen Ausdruck zurück (lebhafter Beifall) und bedauere, daß ich vergessen habe, gegen den Herrn Abgeordneten nach der Motivirung den Ordnungsruf auszusprechen." (Beifall.) Abg. Greutter erscheint wieder im Hause.

— Wie das „W. Frdbl." vernimmt, hat die confessionelle Commission des Herrenhauses nunmehr die Berathungen über das Schulgesetz beendet und daran nur zwei Modificationen vorgenommen. Wesentlich ist nur die Aenderung des § 2, welcher ursprünglich hieß: „Unbeschadet dieses Aufsichtsrechts bleibt die Besorgung, Leitung und unmittelbare Beaufsichtigung des Religionsunterrichts der betreffenden Kirche und Religionsgenossenschaft überlassen." Hier schob der Ausschuß den Zusatz ein: „des Religionsunterrichts und der religiösen Erziehung." Berichterstatter ist Graf Hartig.

Pesth, 11. März. Der „Ungarische Lloyd" meldet: Ihre Maj. die Kaiserin erfreut sich eines blühenden Aussehens. Die Rückkehr Sr. Majestät des Kaisers wird bald wieder erwartet. Der Niederkunft Ihrer Majestät wird Ende dieses Monats oder zu Anfang April entgegengesehen, und zwar soll der erwartete Sprosse des allerhöchsten Herrscherhauses nicht in Gödöllö, sondern in der Ofner Königsburg das Licht der Welt erblicken. Die Anwesenheit Ihrer Majestät in Ungarn dürfte sich bis nach Mitte Mai ausdehnen. — Der „Ungarische Lloyd" veröffentlicht den Ministerialerlaß bezüglich der Suspendirung des Demokratenclubs. Der Erlaß ist aus dem Ministerrathe hervorgegangen und sagt, das Ministerium könne derartige Clubs, die man gleich einem Netze über das ganze Land auszudehnen beabsichtigt und deren Zweck gegen die Ausgleichsgesetze gerichtet sei, nicht dulden.

* **Paris,** 12. März. In der heutigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers theilte der Präsident mit, daß der Generalprocurator um die Ermächtigung nachgesucht habe, die Journale „Figaro" und „Situation", welche beleidigende Artikel gegen den gesetzgebenden Körper veröffentlicht haben, gerichtlich verfolgen zu dürfen. Nachdem das Haus unter Ausschluß der Oeffentlichkeit die bezüglichen Anträge berathen und den Beschluß gefaßt hat, die gerichtliche Verfolgung zu gestatten, beginnt die Berathung des Vereinsgesetzes. Bei der Generaldiscussion erklärte Garnier Pagès das darauf bezügliche Gesetz als gefährlich für Jeden, der von dem Vereinsgesetze Gebrauch mache. Nicht die Clubs seien es, welche Regierungen stürzen, sondern deren eigne Fehler trügen die Schuld. — Die „Epoque" glaubt zu wissen, daß in der nächsten Woche eine dem Kaiser zugeschriebene Broschüre erscheinen würde, welche sich über die Politik der Regierung seit Begründung der kaiserlichen Regierung aussprechen und die liberalen Ideen betonen solle, welche der Kaiser zu verwirklichen gedenke. — Der „Moniteur" enthält die Ernennung des Generals de Failly zum Senator. — Der General de Goyon hat sich nach Toulouse begeben. Die Meldung des „Moniteur" über die Vorgänge in Toulouse ist folgende: „Die für die Bildung der mobilen Nationalgarde eingesetzten Specialcommissionen haben am 9. d. Mts. in ganz Frankreich ihre Thätigkeit begonnen, und es gehen der Regierung von den verschiedenen Punkten des Kaiserreichs die befriedigendsten Meldungen über die erste Anwendung des Gesetzes vom 1. Februar 1868 zu. Ueberall wird diese Angelegenheit mit Ruhe und Regelmäßigkeit erledigt; überall finden sich die in die Listen eingetragenen jungen Leute bereitwilligst, oft sogar mit bemerkenswerthem Eifer vor der Commission ein. Nur eine sehr kleine Zahl von ihnen machte Gründe geltend, um von diesem Dienste entbunden zu werden, und verlangten von dem Militärarzte, untersucht zu werden. Ja, in einigen Cantonen betrug die Zahl der jungen Leute, welche, als Stützen ihrer Familien, vom Dienste befreit werden wollten, noch nicht 10 Procent der gesetzlich bewilligten Zahl. Der gesunde Verstand und Patriotismus unsrer Bevölkerung ließ sich durch falsche Ansichten oder böswillige Einflüsterungen nicht beirren. In seinem Vertrauen auf die Fürsorge, welche der Kaiser und die öffentlichen Regierungsgewalten seinen Interessen widmen, erkennt das Land ebenso unumwunden die Wohlthaten des Gesetzes an, wie es auch entschlossen dessen Lasten auf sich nimmt. Eine einzige beklagenswerthe Ausnahme fand statt. In Toulouse kam es am Abend des 10. März zu einigen tumultuarischen Auftritten, die jedoch vor der energischen Haltung der Behörden bald wieder aufhörten. Die Anwesenheit wohlbekannter, an der Revisionsangelegenheit unbetheiligter Aufwiegler inmitten der Zusammenrottungen, die sich gebildet hatten, bezeugt hinlänglich, daß die Revisionsarbeiten selbst nur der Vorwand zu einer solchen Ruhestörung waren. Es sind die nöthigen Maßregeln getroffen, um neuen Aufreizungsversuchen vorzubeugen und nöthigenfalls sie zu unterdrücken." — Das „Journal de Toulouse" meldet über die in der vorstehenden Note erwähnten Vorgänge Folgendes: „Vorgestern Abend gegen 10 Uhr zog ein dichter Haufen von jungen Leuten zwischen 20 und 25 Jahren, die Marseillaise singend, auf den Capitolplatz. Von da wandten sie sich nach der Rue-Louis-Napoleon, dann nach der Rue-St.-Antoine 2c. und kehrten, dieses Mal in größerer Anzahl, um ¾12 Uhr auf den Capitolplatz zurück. Schon am Nachmittage vorher, gegen 2 Uhr, hatte eine tumultuarische Demonstration von jungen Leuten, welche behufs ihrer Einstellung in die mobile Nationalgarde zusammenberufen worden waren, auf dem Stephansplatze vor der Präfectur statt. Einige Verhaftungen waren vorgenommen worden." In einer Nachschrift meldet das „Journal de Toulouse", daß die Demonstrationen von 10 Uhr an bis ziemlich tief in die Nacht hinein gedauert haben. Der anfängliche Lärm nahm später einen andern Charakter an. Es sollen sich sehr bedauerliche Dinge zugetragen haben. Die Menge brach in die Büreaux des Centralcommissars ein und zertrümmerte eine große Anzahl von Gaslaternen auf den Straßen, sowie verschiedene Fensterscheiben des Stadthauses, des Marschallpalastes und der bedeckten Markthalle. Gegen ¾12 Uhr nahmen starke Infanterie- und Cavalerieabtheilungen Stellung auf dem Capitolplatze ein und entsendeten ihre Patrouillen nach verschiedenen Seiten. Um 1 Uhr Nachts kamen neue Truppen aus den Casernen. Der „Messager de Toulose" meldet Aehnliches. Die Fenster des Marschallpalastes und der Wohnung des Bürgermeisters wurden eingeworfen. Gegenwärtig führt kein Marschall, sondern General de Gouon das Obercommando in Toulouse, welcher aber abwesend war und in Paris sich befand. Bürgermeister ist der der äußersten Rechten angehörige Herr de Campaigne.

— Briefe aus Algerien, welche Marseiller Journale veröffentlichen, enthalten neue, erschreckende Angaben über die Hungersnoth, die noch immer in jener Provinz herrscht. Es werden mehrere Fälle von Anthropophagie gemeldet. Auch das „Echo von Oran" erzählt einen solchen gräßlichen Fall, daß eine eingeborne Frau aus der Gegend von Misserfin ihre eigne Tochter, ein Mädchen von 12 Jahren, geschlachtet habe, um mit dem Fleisch ihre übrigen Kinder und sich selbst vom Hungertode zu retten.

* **Brüssel,** 12. März. In der Deputirtenkammer machte heute der Ministerpräsident Frère-Orban die Annahme des Gesetzes über das Militärcontingent und über die militärische Präsenzdauer zur Cabinetsfrage. Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß die Majorität die Gesetzentwürfe genehmigen wird.

* **Florenz,** 12. März. Die Journale bestätigen, daß der Prinz Amadeus (Herzog von Aosta) zum Contreadmiral ernannt wurde. — In der Deputirtenkammer wurde gestern der Antrag Alvisi's auf eine Familiensteuer und Ersetzung des Mahlsteuergesetzentwurfs in Erwägung gezogen. Ricciardi interpellirt über die Differenzen mit der französischen Regierung bezüglich der Canourcanäle. Menabrea und Cordova vertheidigen die italienische Regierung und tadeln die Verwaltung der Canäle. Die Kammer nahm die Tagesordnung an und begann die Debatte über den Mahlsteuergesetzentwurf. Einige Deputirte der Linken verlangen, daß die neuen Steuergesetze nicht vor der Debatte über die Verwaltungsreformen und andere auf größere Ersparungen abzielende Maßnahmen debattirt werden. — In der Deputirtenkammer fand heute die Debatte über die von Crispi beantragte Tagesordnung statt, wonach die Berathung des Gesetzentwurfs über die Mahlsteuer verschoben werden solle, bis die Verwaltungsreformen in Betreff der Verminderung der Ausgaben und der Vermehrung der Einnahmen genehmigt seien. — Der König hat heute das Decret über die Ernennung des Marquis Pepoli zum italienischen Gesandten in Wien unterzeichnet. — Die Stadt Florenz hat heute mit den Bankiers Weill und Schott in Florenz, Kohn, Reinach und Comp. in Paris, A. Reinach in Frankfurt a. M., sowie Leopold S. Königswarter in Paris eine Anleihe von 18 Millionen in Gold, welche in 50 Jahren in Gold einzulösen ist, abgeschlossen. Der Procentsatz ist auf 8% festgesetzt.

* **Rom,** 12. März. (Tel.) Die Königin Marie von Neapel ist nach Wien gereist, um bei der bevorstehenden Niederkunft ihrer Schwester, der Kaiserin Elisabeth, gegenwärtig zu sein. — Die canadischen Freiwilligen, welche am 10. hier angekommen sind, wurden gestern vom Papste empfangen. Derselbe drückte ihnen seine Genugthuung über ihre Ergebenheit aus und ertheilte ihnen seinen Segen. — Die Desertionen in der päpstlichen Armee dauern, jedoch in geringerem Maße, noch fort.

Madrid, 12. März. (Tel.) Das Project der Begründung einer Territorialbank geht schleuniger Verwirklichung entgegen. Im Congresse wurde heute der Antrag gestellt, die Regierung zu ermächtigen, dieser Bank ähnliche Concessionen zu ertheilen, wie solche dem Crédit foncier in Frankreich gewährt sind. — Die Abgeordnetenkammer hat gestern den E-